



Antrag

der Abgeordneten **Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dörow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bericht zu Lehrbeauftragten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird gebeten zu berichten,

- wie sich die Vergütungshöhe für die Lehrbeauftragten im Zeitraum von Wintersemester 2015/2016 bis Wintersemester 2019/2020 an den Hochschulen entwickelt hat und in welchem Korridor die Hochschulen ihren Lehrbeauftragten Honorare zahlen. Hier sollen beispielhaft nur die Musikhochschulen, die Musikpädagogik und die Sprachenzentren an den lehrerbildenden Universitäten abgefragt werden, wo besonders viele Lehrbeauftragte tätig sind.
- wonach sich die Berücksichtigung der Vor- und Nachbereitung der Unterrichtsstunden bei der Festsetzung der Honorare richtet.
- wie sich die Stellenzahl für Lehrkräfte für besondere Aufgaben (E 13-Stellen etc.) in den oben genannten Bereichen entwickelt hat (Vergleich der Zahlen vom Stichtag 01.01.2014 mit jenen vom Stichtag 01.01.2019).

Darüber hinaus wird die Staatsregierung gebeten, einen Überblick über die in der Vergangenheit durchgesetzten oder auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten zu geben.

Begründung:

In den vergangenen Jahren hat der Landtag durch zahlreiche Anträge immer wieder erhebliche Anstrengungen unternommen, um einerseits die rechtliche Lage von Lehrbeauftragten abzuklären und deren soziale Lage zu verbessern. Vor allem an den Musikhochschulen, in der Musikpädagogik und an den Sprachenzentren der lehrerbildenden Universitäten sind besonders viele Lehrbeauftragte tätig, die in den vergangenen Jahren mit verschiedenen Mitteln Politik und Öffentlichkeit gesucht haben, um auf ihre soziale Lage aufmerksam zu machen.